

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 73

## **Bedrohliche Staats- verschuldung**

von Bruno Molitor

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Neben der außenpolitischen Bedrohung ist die Bevölkerung zunehmend beunruhigt über die Verfassung, in die unsere Wirtschaft hineinmanövriert wurde. Und die Bevölkerung hat recht damit. Gewiß vollzog sich die nunmehr 30jährige Wirtschaftsentwicklung seit dem Wiederaufbau auch früher nicht problemlos; es gab konjunkturelle Schwankungen, und immer einmal hatten einzelne Sektoren mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber heute erweckt das Gesamtbild den Eindruck, daß wir – sei es nun durch ideologisch fehlgeleitete Eingriffe, sei es durch politisches Treibenlassen – an einen ökonomischen Wendepunkt gelangt sind, wo die abschüssige Bahn beginnt, von der es dann so leicht keine Umkehr gibt. Das zeigt der Vergleich mit den Erfahrungen in einigen westlichen Ländern nur zu deutlich. Am Ende steht ein Wechselbalg aus amputierter Marktwirtschaft, wachsendem staatlichen Interventionismus und ständigen sozialen Spannungen, der bei jedem ökonomischen Windhauch aus den Fugen gerät. Und wie immer andere Gesellschaften mit einer solchen verfahrenen Lage fertigwerden mögen: für unser Land wäre ein wirtschaftlicher Abstieg verhängnisvoll, und das auch politisch.

### **Geldentwertung**

Das erste, was unter den wirtschaftlichen Krankheitssymptomen ins Auge springt, ist die *Inflationsrate*. Sie hat inzwischen (Juli 1980) 6% erreicht. Das ist für deutsche Verhältnisse mit ihrer durch zwei Währungsbankrotte leidgeprüften Mentalität bedrohlich hoch. Unseren Hausfrauen wird, wenn das gegebene Einkommen bei ihren Einkäufen immer weniger weit reicht, kaum dadurch ein Trost gespendet, daß die Politiker versichern, anderswo seien die Preissteigerungen noch höher. Auch ist es ein Irrtum, wie selbstverständlich vorauszusetzen, daß der Kaufkraftverlust stets durch kommende Lohnerhöhungen wettgemacht werden könnte. Lohnerhöhungen müssen sich, sollen sie stabilitätskonform sein, im Rahmen der durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität halten. Bislang lag diese Steigerung bei uns durchweg höher als der gleichzeitige Preisanstieg, so daß die Lohnpolitik neben dem Inflationsausgleich auch eine Reallohnverbesserung erzielen konnte. Aber schon bei der Lohnrunde 1980 stießen sich die Dinge hart im Raum. Und was geschieht, wenn in den nächsten Jahren die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht mehr hinreicht, um auch nur die Teuerungsrate auszugleichen? Die Tarifauseinandersetzungen werden eine ungewohnte Härte annehmen – man kann es den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie auf jeden Fall das früher durchgesetzte Reallohnniveau erhalten wollen.

Indes, sachlich läuft das auf einen Pyrrhussieg hinaus. Haben die Gewerkschaften Erfolg, indem sie die Geldlöhne stärker steigern, als die Arbeitsproduktivität zugenommen hat, gerät die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung: die Inflation wird jetzt auch noch durch die Lohnbewegung angeheizt. Tritt andererseits die Notenbank auf den Plan und sucht, wie das ihre Aufgabe ist, zur Inflationsbekämpfung mit einer Verknappung der umlaufenden Geldmenge gegenzusteuern, wirkt sich das lohnpolitische Ergebnis für die

Arbeitnehmer ebenfalls ungünstig aus: es kommt zur Freisetzung von Teilen des überbewerteten Arbeitsfaktors. Wie man auch die Dinge betrachtet, eine anhaltende inflationäre Entwicklung führt die Lohnpolitik unweigerlich in die Sackgasse.

*Die Inflation ist eben das Unsozialste, was sich denken läßt.* Sie trifft unmittelbar und am schärfsten gerade die Empfänger von abgeleiteten Einkommen (Renten und Sozialhilfeleistungen) und die kleinen Sparer, die Geldvermögen bilden. Eine simple Rechnung zeigt, daß bei einer Inflationsrate von „nur“ 5% schon in 6 Jahren die Sparbeträge um nicht weniger als ein Drittel an Wert verloren haben.

### **Defizit der Leistungsbilanz**

Der zweite Faktor, der die Lage unserer Wirtschaft bedenklich macht, ist der *Umschwung in der Leistungsbilanz* dem Ausland gegenüber. Konnten wir 1978 noch einen Überschuß der Exporte über die Importe in Höhe von 17,5 Mrd. DM verzeichnen, kam es 1979 zu einem Defizit von 10,5 Mrd. DM; für 1980 dürfte es sich auf 20 bis 25 Mrd. DM erhöhen. Das ist für die Bundesrepublik eine neuartige Erfahrung, und es fragt sich, wie ein außenwirtschaftlich derart abhängiges Land wie das unsrige damit auf die Dauer fertig werden kann. Natürlich liegt ein Hauptgrund für das Defizit in der rasanten Verteuerung von Öl und Rohstoffen, die wir – produktionsnotwendig – einführen müssen. Auch ließ es gerade die Angebotsverknappung auf den einschlägigen Märkten zu einer vorsorglichen Erhöhung der Importmengen kommen, was nach Art eines Selbstverstärkungsprozesses die Öl- und Rohstoffpreise noch weiter in die Höhe treibt. Indes, eine rücksichtslose Preispolitik des ausländischen Ölkartells hat es auch schon in früheren Jahren gegeben, ohne daß darum unsere Leistungsbilanz ins Defizit geriet: Sie konnte durch Steigerung unserer Exportmengen und, angesichts des Überhangs der internationalen Nachfrage nach Industriegütern, namentlich durch die Anhebung der Exportgüterpreise mehr als wettgemacht werden. Aber dieser Ausweg steht solange nicht mehr offen, wie weltweit Öl knapper gehalten wird als die industriellen Erzeugnisse, die die Ölländer ihrerseits importieren wollen.

Was bleibt zu tun? Daß die Devisenbestände der Notenbank nicht lange vorhalten, um ein Defizit der genannten Größenordnung abzudecken, liegt auf der Hand. Ebenso ist der Kapitalimport, mit dem Dollars in unser Land strömen, keine Lösung auf Dauer; denn die ausländischen Kredite müssen verzinst und irgendwann zurückgezahlt werden. So kann die vernünftige Gegenwehr nur lauten: *Einmal* beim binnenländischen Ölverbrauch, soweit wie möglich, zu sparen und damit unseren Import einzudämmen, während gleichzeitig alles daran gesetzt werden muß, alternative Energien auszubauen bzw. zu entwickeln. Das braucht natürlich seine Zeit. So gilt es *zum anderen*, unseren Export zur Verminderung des Defizites in der Leistungsbilanz zu erhöhen. Aber dies gelingt nur, wenn wir in der internationalen Konkurrenz bekannte Güter kostengünstiger anbieten und mit technisch neuen Produktarten aufwarten können. Voraussetzung dafür ist, daß unsere

Inflationsrate im Vergleich zum Ausland niedrig gehalten wird und daß wir verstärkt in den technischen Fortschritt investieren – daran hängt ja auch die Entwicklung neuer Energien und Rohstoffe.

Die gehörige Preisdisziplin und der erforderliche Investitionsumfang sind jedoch nur bei einer stabilitätskonformen Lohnpolitik und einer ausreichenden gesamtwirtschaftlichen Ersparnis zu haben. Und gerade hier hapert es. So beliefen sich 1979 in der Bundesrepublik die Bruttoinvestitionen, also alle Ausgaben für Produktionsanlagen und Vorratslager, auf 189,5 Mrd. DM. Dem stand aber eine gesamtwirtschaftliche Ersparnis in allen Sektoren der Volkswirtschaft von nur 179 Mrd. DM gegenüber. Kein Wunder, daß da unsere Leistungsbilanz in ein Defizit von 10,5 Mrd. DM abrutschte. Denn wenn in einem Land weniger gespart als investiert wird, muß der Fehlbetrag, solange es keine vierte Dimension gibt, durch Verschuldung jenseits der Grenzen gedeckt werden. Und entsprechend hat sich denn auch die Geldvermögensposition der Bundesrepublik dem Ausland gegenüber verschlechtert.

Man sieht, *wir leben über unsere Verhältnisse*, so wie ja auch eine inflationäre Entwicklung im Kern immer ein Indiz dafür ist, daß mehr ausgegeben als periodisch erwirtschaftet wird. Fragt man im einzelnen, wo in den Sektoren der Gesamtwirtschaft der Hauptschuldige steckt, so verdienen am wenigsten die *privaten Haushalte* Vorwürfe. Ihre Sparquote ist bei uns traditionell hoch, was manchen ausländischen Wirtschaftsminister neidisch machen könnte. Sie erreichte 1979 die Rekordhöhe von 14,5% des verfügbaren Einkommens – offenbar wurde die Verteuerung der Lebenshaltung durch Zurückhaltung beim Verbrauch kompensiert. Erst Ende 1979/Anfang 1980 begann die Sparquote nachzugeben, und diese Tendenz könnte sich fortsetzen, wenn bei steigender Inflationsrate die Haushalte ihren einmal erreichten Konsumstandard aufrechtzuerhalten suchen.

Ungünstiger liegen die Dinge im Sektor der *Unternehmen*. Ganz offensichtlich machen es die hohen Gewinnsteuern und eine expansive Lohnpolitik den Unternehmen immer schwerer, die erforderlichen Investitionen aus eigenen Mitteln (Abschreibungen, Nettogewinne) zu bestreiten. Das Ergebnis ist ein wachsendes Finanzierungsdefizit. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen, zumal die deutschen Unternehmen im Durchschnitt, auch wenn man mit dem Ausland vergleicht, ohnehin eine extrem niedrige Eigenkapitaldecke aufweisen. Eine weitere Rezession wie die von 1975 könnte da, was die Konkursquote und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze betrifft, zu bösen Überraschungen führen. So haben sich Politiker und Gewerkschaften mehr denn je zu fragen, ob nicht ihre Umverteilungsbestrebungen inzwischen an einem Punkt angelangt sind, wo sich die gruppenspezifische Wohltat in eine gesamtwirtschaftliche Plage verwandelt.

Am schlimmsten steht es freilich im Sektor der *öffentlichen Haushalte*. Nicht nur, daß beim Staat in seinen Gebietskörperschaften des Bundes, der Länder und Gemeinden schon seit langem vom Sparen im Sinne eines Überschusses der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben keine Rede mehr sein kann. Er fährt im Gegenteil Periode für Periode ein Defizit mit der Folge, daß sein Schuldenberg steigt. Allein 1979 betrug die

Neuverschuldung nicht weniger als 40 Mrd. Und das war, wohlgermerkt, ein ausgesprochenes Hochkonjunkturjahr. So zeigt sich schon vor diesem Hintergrund, daß die verteidigende These des amtierenden Finanzministers, der Staat tue mit seiner Verschuldung etwas Gutes, da er „überschüssiges Kapital“ absorbiere, nicht stimmen kann. In Wahrheit liegen die Dinge eher umgekehrt: unsere öffentlichen Haushalte entwickeln sich mehr und mehr zu einem „Kapitalverzehrer“.

### **Entwicklung der Staatsschuld**

Die Bundesrepublik begann als Rechtsnachfolger des Reiches mit Altschulden von rund 20 Mrd. DM. In den 30 Jahren seit 1950 ist dann der Schuldenbestand aller öffentlichen Haushalte auf die Riesensumme von 450 Mrd. DM erhöht worden. Das bedeutet etwa 90% aller Staatsausgaben (einschließlich Sozialversicherung) für das Jahr 1980; in der Periode 1950–1974 betrug dieser Anteil noch durchweg 60%. Vom staatlichen Gesamtschuldenbestand entfällt nahezu die Hälfte auf den *Bund*, gut ein Viertel auf die *Länder* und knapp ein Viertel auf die *Gemeinden*.

Bezogen auf die Zahl der privaten Haushalte macht die Staatsschuld 1980 rund 17 000 DM pro Einheit aus. Gleichwohl nimmt damit die Bundesrepublik im internationalen Vergleich noch eine mittlere Position ein. Das ist jedoch nicht verwunderlich. Denn mit dem Währungsschnitt von 1949 verloren auch die Gläubiger des Staates ihr anteiliges Geldvermögen, so daß die öffentlichen Haushalte bei uns mit einer extrem niedrigen Ausgangverschuldung starten konnten. Auch ist eine mittlere Position keine Kunst, wenn andere Staaten noch großzügiger mit der Kreditaufnahme verfahren. Entscheidend bleibt die Rate der jährlichen *Neuverschuldung*. Hier zeigt die Entwicklung in der Bundesrepublik einen rabiaten Bruch. In den ersten 20 Jahren hielt sich der periodische Schuldenzugang durch die Bank weit unter 10 Mrd. DM. Aber seit Anfang der siebziger Jahre gibt es kein Halten mehr: die öffentliche Kreditaufnahme schnellte in die Höhe bis zu 64 Mrd. DM im Jahre 1975; aber auch die folgenden Jahre weisen eine Neuverschuldung in der Größenordnung von jeweils 40 Mrd. DM auf. Dabei ist eindeutig der Bund der Schrittmacher. Allein seine Verschuldung hat sich in den letzten 10 Jahren versechsfacht. 1979 gingen etwa 70% der öffentlichen Nettokreditaufnahme zu Lasten des Bundes.

Wie sind diese Zahlen gesamtwirtschaftlich einzuordnen? Nun, die jährliche Neuverschuldung des Staates entspricht einem Anteil von nicht weniger als 3,5% des gegenwärtigen Bruttosozialproduktes. So etwas hat es in unserer Geschichte während Friedenszeiten noch nie gegeben. Natürlich müssen für den auflaufenden Schuldenberg Jahr für Jahr Zinsen an die Staatsgläubiger gezahlt werden. Allein diese Zinsleistungen beliefen sich 1979 auf rund 27 Mrd. DM. Das sind fast 6% aller Ausgaben der öffentlichen Hand. Aber es müssen auch Jahr für Jahr Schulden zurückgezahlt werden, wenn die Laufzeit der früheren Kredite an den Staat zu Ende gegangen ist. So standen für 1979 rund 46 Mrd. DM der Gesamtschulden zur Tilgung an. Zins- und Tilgungszahlungen zusammen machten gut ein Siebtel aller Staatsaus-

gaben aus. Faßt man nur den Bund ins Auge, so kosten ihn Schuldzinsen und Amortisation schon mehr als der gesamte Verteidigungshaushalt (1979: 38 Mrd. DM). Und was die Gemeinden betrifft, gibt es bereits Fälle, wo man neue Kredite aufnehmen muß, nur um die Zinsen für die alten Schulden bezahlen zu können.

### **Gefahr des Immobilismus**

Vor dem Hintergrund solcher Fakten grenzt es an Hohn, die überkommene und absehbare Staatsverschuldung wie ein finanzpolitisches Kavaliersdelikt zu behandeln. *Sie ist im Gegenteil ein Menetekel für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.* Das zeigen die *Auswirkungen* deutlich genug. Negativ betroffen ist zunächst einmal die *Beweglichkeit der öffentlichen Haushalte* selbst. Wer auf einem Schuldenberg des genannten Ausmaßes und folglich auf einem explosionsartig zunehmenden Zins- und Tilgungsaufwand sitzt, kann keine weiten Sprünge mehr machen. Das hat sich schon jetzt gezeigt, als aus außenpolitischen Gründen (erhöhter EWG-Beitrag für die britische Agrarwirtschaft, Türkeihilfe) kurzfristig eine Mehrbelastung von 2,6 Mrd. DM auf den Bundshaushalt zukam: der Finanzminister wußte keinen anderen Rat, als die Steuersätze bei den Verbrauchssteuern zu erhöhen. Aber es liegt auf der Hand, daß ein solches Anziehen der Steuer-schraube nicht beliebig wiederholt werden kann. Dafür ist die Staatslastquote bereits heute zu hoch (49% des Bruttosozialproduktes). Die öffentliche Hand wird zunehmend immobil.

Für 1983 dürfte der *Schuldendienst* rund 20% der Budgets mit Beschlag belegen, so daß nurmehr 80% der einkommenden Mittel für andere Staatsausgaben zur Verfügung stehen. Das ergibt eine schwierige Situation. Neue Anforderungen an die Staatstätigkeit können dann ohnehin nicht mehr bedient werden. Sollen auch nur die in früheren Gesetzen fixierten öffentlichen Leistungen aufrechterhalten bleiben, muß sich das Rad der Neuverschuldung im bisherigen Ausmaß weiter drehen. Indessen werden die dabei aufkommenden Beträge schon 1983 praktisch zur Gänze durch den fälligen Zinsendienst auf die Staatsschuld verschlungen. Wollte man zusätzlich auslaufende Kredite zurückzahlen, um wenigstens für die Zukunft den öffentlichen Haushalt zu konsolidieren, müßten entweder die Steuereinnahmen (bei gegebenen Steuersätzen) konjunkturbedingt massiv in die Höhe schnellen, was niemand leichthin annehmen kann, oder die Staatsausgaben an anderer Stelle entsprechend gesenkt werden, was jedoch den Regierungen erfahrungsgemäß ausnehmend schwerfällt. So wird der Schuldenberg sich weiter türmen.

Damit nicht genug, bleibt es aber die Frage, wie die staatlichen Wünsche nach Kreditprolongation auf dem *Kapitalmarkt* durchzusetzen sind. Während noch in den sechziger Jahren die öffentliche Kreditnachfrage stets weniger als 10% des Gesamtangebotes ausmachte, beansprucht der Staat den Kapitalmarkt in der letzten Zeit zu 40–50%. Wenn nichts in der Gegenwehr geschieht, wird sich dieser Anteil für die Zukunft noch erhöhen. Damit steigen natürlich auch die finanzpolitischen Risiken. Zwar braucht im Unter-

schied zum privaten Kreditnachfrager der Staat nicht vor der *Zinshöhe* zurückzuschrecken; er kann, wenn es in seinem Haushalt brennt, um jeden Preis zugreifen. Ja, er ist in der Lage, private Konkurrenten jederzeit durch günstigere Konditionen, zu denen er z.B. seine Anleihen auflegt, aus dem Feld zu schlagen. Aber die Medaille hat auch ihre Kehrseite. Die besseren Konditionen heute lassen marktgesetzlich den Kurs der früher ausgegebenen Staatspapiere sinken, und der Finanzminister kann nicht verhindern, daß Altgläubiger umzusteigen suchen. Im Nettoeffekt erhöht sich dann mit der Neuverschuldung gar nicht mehr in vollem Umfang der Spielraum des öffentlichen Budgets.

Schließlich zieht eine fortgesetzte Pumpolitik aber die Staatsschuld auch nach ihrer *Zusammensetzung* in Mitleidenschaft. Von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Krediten kann immer weniger gesprochen werden. Die Schuldenstruktur verschlechtert sich zugunsten der kurzfristigen Kapitalüberlassung. Das muß die Finanzpolitik natürlich kurzatmig machen und schränkt ihr Manövriertfeld weiter ein.

Alles zusammengenommen, darf man sich durch die beruhigenden Reden, daß wir *noch* nicht in der Sackgasse steckten, nicht täuschen lassen. Die Wechsel, die hier auf die wirtschaftliche Zukunft gezogen werden, können zu bösen Überraschungen führen. Am Ende müssen dann über Nacht die Staatsausgaben radikal zusammengestrichen werden (wenn nicht noch Schlimmeres passiert). Aber das Beispiel Belgien zeigt, wie in einem solchen Verzweiflungsakt selbst die Ausgaben für die nationale Sicherheit und internationale Vertragszusagen Schaden nehmen.

### **Wachstumsbremse**

Wir haben von der Konkurrenz der öffentlichen Hand mit den privaten Kreditnachfragern um die knappen Kapitalmarktmittel gesprochen. In dieser Konkurrenz sitzt der Staat am längeren Hebelarm, weil er nicht wie ein privater Unternehmer durch das Kalkül bedrückt wird, ob die geforderte Zinshöhe und die Amortisationszahlungen auch durch die Rendite der Investition tragbar erscheinen. Bei den Ausgaben, die die öffentliche Hand mit den aufgenommenen Krediten finanziert, gibt es keinen betriebswirtschaftlichen Rentabilitätswang. Wenn nun aber der Staat einen erheblichen Teil der volkswirtschaftlichen Ersparnis an sich zieht, wird die private Kapitalnachfrage nicht nur mengenmäßig zurückgedrängt. Es erhöht sich auch beim verbleibenden Rest das Zinsniveau, also der Preis für die private Investitionsfinanzierung. Und zwar in einem Maße, das mit den normalen Marktverhältnissen nurmehr wenig zu tun hat. Die Folge ist, daß *die private Investitionstätigkeit behindert wird oder gar in Bereichen des langfristigen Kapitalbedarfs, der besonders zinsabhängig ist, ganz unterbleibt*. Das bedeutet Einbußen an sonst möglichen *Beschäftigungschancen* und wirkt für die Zukunft wie eine *Wachstumsbremse*.

Nun wird dem entgegengehalten, daß der Staat die aufgenommenen Kapitalmarktmittel ja seinerseits wieder ausgibt, indem er Güter und Dienste nachfragt und zum Teil den privaten Sektor subventioniert. Hier gilt es jedoch zu unterscheiden. Wenn aus dem Staatskredit laufende Ausgaben

der öffentlichen Hand finanziert werden – und wer wollte bestreiten, daß dies de facto geschieht –, handelt es sich um schieren *Staatskonsum*. Insoweit wird ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis *nicht* der Investition zugeführt. Wo die öffentliche Hand andererseits private Unternehmen subventioniert, bleibt immer noch zu fragen, wie es da um die längerfristige Produktivität des Mitteleinsatzes steht. Sie ist bei *Erhaltungsinvestitionen*, wie sie seit Jahren in Milliardenhöhe getätigt werden, mehr als zweifelhaft. Wenn ein Unternehmen in die roten Zahlen manövriert worden ist, hat das seine ökonomischen Gründe; eine wohlfeile Staatshilfe, die primär auf die Festschreibung der einmal gegebenen Arbeitsplätze abstellt, kann gerade von jenen durchgreifenden Sturkturänderungen abhalten, die auf die mittlere Frist für den wirtschaftlichen Fortbestand unerlässlich sind.

Aber selbst in den Fällen, wo die öffentliche Hand eine Reihe von zumeist größeren und gutgehenden Unternehmen in ihrer Investitionstätigkeit subventioniert, ergeben sich Bedenken; denn damit wird der Wettbewerb verfälscht, auf dessen segensreiche Wirkungen unsere Wirtschaftsordnung nicht verzichten kann. Oder will ausgerechnet der Staat die Konzentrations-tendenzen verstärken? Wenn die private Investition gefördert werden soll, dann bietet sich als der auf die Dauer einzig vernünftige Weg eine Variation der einschlägigen Steuersätze an, die allgemein und ohne Verzerrung des Wettbewerbes wirkt. Sie kommt nicht nur bei einigen spektakulären Großprojekten, sondern ebenso bei den Tausenden mittlerer und kleinerer Unternehmen an, die unser Wachstum und den breiten Produktivitätsfortschritt tragen.

Überdies darf nicht übersehen werden, daß die Staatssubventionierung ein ausgesprochen *kostspieliges Verfahren* darstellt: Die am Kapitalmarkt aufgenommenen Finanzierungsmittel müssen verzinst und amortisiert werden; der Apparat der öffentlichen Zuteilungsbürokratie bindet seinerseits beträchtliche gesamtwirtschaftliche Ressourcen an Mensch und Material, und in den betroffenen Unternehmen entstehen im Zuge von Antragstellung und Subventionsabwicklung nicht unerhebliche Zusatzkosten.

Entsprechendes gilt auch dort, wo der Staat seine Schuldenaufnahme zu *eigenen Investitionen* benutzt. Prinzipiell läge es nahe, solche Vorhaben, wie etwa den Straßenbau oder die Haltung von Vorratslagern, aus Überschüssen der Steuereinnahmen über die laufenden Ausgaben zu finanzieren. In jedem Fall zieht ja der Staat, realwirtschaftlich betrachtet, für die Periode, in der er die Investitionen tätigt, Produktionsfaktoren zu Lasten des privaten Sektors an sich; daran ändert auch eine Finanzierung über den Kapitalmarkt nichts. Gleichwohl, im Unterschied zu den laufenden Staatsausgaben, etwa einer Sozialhilfeleistung, haben öffentliche Investitionen, zum Beispiel Autobahnen, insofern eine längerfristige Rendite, als aus ihnen ebenfalls die Bevölkerung kommender Perioden Nutzen zieht. So kann dafür plädiert werden, auch sie an der Finanzierung der Investitionen zu beteiligen, statt allein die gegenwärtigen Steuerzahler heranzuziehen. Das geschieht durch eine entsprechende staatliche Kreditaufnahme heute, deren Schuldendienst anteilig die morgige Generation mitbelastet, und zwar durch einen relativ höheren Steuerentzug.

## Aushöhlung der Marktwirtschaftsordnung

Es geht mithin nicht darum, dem Staat, obwohl es ein teurer Finanzierungsweg ist, schlechtweg die Kreditaufnahme zu untersagen, soweit ihr Zweck tatsächlich in „werbenden Anlagen“, also in Investitionsausgaben mit absehbarem Produktivitätseffekt, besteht. Das Problem liegt im gegebenen *Ausmaß* der Staatsverschuldung. Zunächst einmal kann keine Rede davon sein, daß alle als investiv deklarierten Staatsausgaben wirtschaftlich notwendig oder auch nur praktisch sinnvoll wären. Die Wirklichkeit zeigt da ein anderes Bild. Es ist kein Geheimnis, daß es unsere Gebietskörperschaften zu einer veritablen *Überinvestition in die Infrastruktur* haben kommen lassen. Munter baute man allenthalben Krankenhäuser, Schwimmbäder und Mehrzweckhallen, ohne daß lange nach den Folgekosten gefragt wurde. Die Hauptsache war, man verfügte über die erforderlichen Kapitalmarktmittel. Und schlimmer noch: es blieb im kurzfristig-politischen Erfolgskampf nur zu oft außer Betracht, ob sich die Investition angesichts der erwartbaren Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung auch für die Zukunft lohnte. So wurden Ausgaben vorgenommen, die schon an Produktivität einbüßen, noch während der Schuldendienst für ihre Finanzierung aufgebracht werden muß. Kein Wunder, daß da Krankenhäuser später wieder verkleinert oder vorzeitig geschlossen wurden und auch manche Straßenbrücke als Staatsruine in die Landschaft ragt. Die bequeme Möglichkeit, Schulden machen zu können, ist eben auf allen Ebenen des Staates eine böse Versuchung.

Aber auch unter der Annahme, daß die geplanten Projekte sorgfältig auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft sind und sich als sinnvoll herausstellen, kann nicht alles und dazu noch zur gleichen Zeit in die Realität umgesetzt werden. Die öffentliche Investitionstätigkeit muß periodisch stets *vernünftige Proportionen* wahren: gemessen an der konjunkturellen Lage, gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung und der unternehmerischen Kapitalnachfrage, gemessen nicht zuletzt an den bereits laufenden Projekten, deren Amortisationslast noch anhält. *Diese Grenze überschreitet die Staatsverschuldung in der Bundesrepublik in jeder Weise.* Demgegenüber hilft auch die Beteuerung wenig, die Regierung halte sich an die Verfassung (Art. 115 GG), die dem Staat eine Kreditaufnahme allenfalls in Höhe seiner gleichjährigen Investitionsausgaben erlaubt. Das ist eine durchaus unzureichende Barriere. Denn selbst, wenn es sich tatsächlich und ausschließlich um echte Investitionen handelt, die die Regierung finanzieren will, vermag die Regel nicht zu verhindern, daß der Staat seine Verschuldung in ungeahnte Höhen treibt, indem er in Konkurrenz mit dem privaten Sektor immer mehr Investitionen in die eigene Regie übernimmt.

In diesem Zusammenhang muß auch bedenklich stimmen, wenn Politiker in schöner Regelmäßigkeit versuchen, den Begriff dessen, was eine Investition sein kann, mehr und mehr auszuweiten. So hat der amtierende Finanzminister gemeint, der geltende *Investitionsbegriff* sei antiquiert, weil viel zu eng; es müßten haushaltsrechtlich auch die öffentlichen Ausgaben für die Ausbildung und ähnliche Förderungsprogramme als investiv gelten. Indes, wenn

hier erst die Aufweichung beginnt, gibt es bald kein Halten mehr. Der kreditfinanzierte Anteil des Staatshaushaltes, der schon heute hoch ist, könnte unabsehbar weiter steigen. Nach und nach würde die öffentliche Hand den Kapitalmarkt majorisieren. Sie entwickelte sich zu einem Nachfragemonopolisten der Kreditinstitute. Und von da zu irgendeiner Form der Verstaatlichung des Kreditwesens wäre dann kein allzu großer Schritt mehr. Schließlich gelangten jene politischen Gruppen bei uns, die eine staatliche Investitionslenkung anstreben, an ihr Ziel, das sie auf anderem Wege bislang nicht zu erreichen vermochten. Damit wäre die Marktwirtschaftsordnung natürlich außer Funktion gesetzt. Aber schon in ihrem gegenwärtigen Umfang und Trend ist die Staatsverschuldung ordnungspolitisch nicht ungefährlich; es gibt auch so etwas wie eine *schleichende Aushöhlung unserer Wirtschaftsordnung*.

### **Inflationsherd**

Das zeigt sich ebenso noch von einer anderen Seite. Wir meinen die Beziehung zwischen massiver Staatsverschuldung und der Inflationstendenz. Daß hier ein enger Zusammenhang besteht, ist historisch hundertfach belegt. Es hat noch keine handfeste Inflation gegeben, die nicht mit einer exzessiven Staatsverschuldung verbunden gewesen wäre. Dabei fällt einer führenden Wirtschaftsnation auch *international* eine besondere Verantwortung zu; denn sie kann Inflation exportieren. So zum Beispiel die Vereinigten Staaten in jener Zeit, als der westliche Währungsblock noch durch fixierte Wechselkurse an den Dollar als Leitwährung gebunden war. Die USA betrieben in den sechziger Jahren zur Finanzierung des Vietnam-Krieges, aber nicht nur aus diesem Grunde, eine inflationäre Schuldenpolitik; die halbe Welt wurde mit der auf solche Weise wunderbar vermehrten Dollar-menge überschwemmt und – bei dem damaligen Wechselkurssystem – mit Inflation angesteckt. Davon machte auch die Bundesrepublik in ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung keine Ausnahme, wiewohl sie durch eine energische Stabilitätspolitik im Inneren seinerzeit die eigene Inflationsrate vergleichsweise niedrig halten konnte. Diese Zeiten sind jedoch vorbei. Seit 1973 haben wir flexible Wechselkurse, die Deutsche Mark wurde vom Dollar gelöst. Und was immer die amerikanische Regierung treiben mag (sie bekommt jetzt ihre mangelhafte finanz- und geldpolitische Disziplin in voller Schärfe durch die Höhe der Geldentwertung in den USA zu spüren): für unsere gestiegene Inflationsrate ist nicht mehr so einfach die Ansteckung von außen habhaft zu machen. In der Tat hat sich inzwischen bei uns die finanzpolitische Disziplin merklich gelockert, wir sitzen selbst auf einer extrem hohen Staatsverschuldung.

Allerdings muß hier differenziert werden. Die Bundesregierung ist nur zum geringsten Teil direkt durch Kredite bei der *Notenbank* verschuldet. Das wäre auch der Königsweg zur Inflation. Denn durch Bundesbankkredite an die öffentliche Hand gerät die Notenpresse in Bewegung; die umlaufende Geldmenge wird unmittelbar ausgeweitet und bei gegebenem Güterangebot muß sich unweigerlich das Preisniveau entsprechend erhöhen. Diesem

unheilvollen Zirkel wird durch die gesetzliche Beschränkung des Kredit-spielraumes, der dem Staat bei der Bundesbank maximal eingeräumt ist, glücklicherweise ein Riegel vorgeschoben.

Aber damit befinden wir uns noch nicht außerhalb der Gefahr. Auch wenn die Gläubiger des Staates *Geschäftsbanken* sind, die aus den Einlagen ihrer Kunden öffentliche Schuldtitel kaufen, bleibt die wirksame Geldmenge nicht unberührt. Bekanntlich kann man nicht nur mit Geldscheinen, sondern ebenso mit Sichtguthaben bei den Banken (Giralgeld) Zahlungen tätigen. Nun erwirbt die öffentliche Hand gegen Schuldscheine solche Sichtguthaben, die sie natürlich nicht auf der hohen Kante hält, sondern mehr oder minder sofort wieder für ihre Zwecke vorausgibt – das ist ja der Sinn der Darlehensaufnahme. Da aber praktisch alle größeren Kreditinstitute am öffentlichen Schuldscheingeschäft teilhaben, fließen die vorausgabten Beträge alsbald zwar nicht notwendig an die einzelne Gläubigerbank, aber an irgendeiner Stelle in das Bankensystem zurück – als Einlagenzuwachs. Auf dieser Basis kann dann eine neue Runde der Kreditvergabe an den Staat eingeläutet werden. Und das Karussell dreht sich weiter, solange die öffentliche Hand auf Darlehen zugunsten ihrer Ausgaben erpicht ist. Hier vollzieht sich offensichtlich ein Prozeß autonomer *Geldschöpfung*, völlig losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung. Seine einzige dauerhafte Bremse liegt darin, daß die Kreditinstitute im Schnitt 8% ihres Einlagenzuwachses bei der Bundesbank als Mindestreserven halten müssen.

Faktisch bestand 1979 denn auch die öffentliche Neuverschuldung zu 85% aus Schuldscheindarlehen des Bankensektors, und dieser Anteil ist 1980 noch gestiegen. Daß uns das nicht eine höhere Inflationsrate bescherte, als die Statistik ausweist, verdanken wir allein der *unbeugsamen Haltung der Bundesbank*, die mit ihren Instrumenten einen strengen Gegenkurs der Geldverknappung fährt, freilich mit der Folge, daß die private Kreditnachfrage unter den hohen Zinssätzen zu leiden hat. Aber wie lange kann die Bundesbank diesen Kurs durchhalten? Schon mehren sich auf der politischen Bühne die Stimmen, die der restriktiven Geldmengenpolitik den Kampf ansagen und mehr „Elastizität in der Bereitstellung von Liquidität“ fordern. Indes, gäbe die Bundesbank hier nach, wäre es um unseren Geldwert geschehen. Sie kann erst ihre Politik der Gegensteuerung lockern, wenn sich die öffentliche Hand ihrerseits an der Schuldenfront zur Disziplin versteht. Solange jedoch der Staat seine bisherige Schuldenpolitik fortsetzt, sitzen wir in der Tat auf einer *monetären Zeitbombe*. Das gilt selbst dann, wenn der Staat dazu überginge, verstärkt seine neu aufgelegten Schuldtitel unmittelbar beim *Nichtbanken-Publikum* unterzubringen; denn auch diese Schuld-papiere pflegen mit der Zeit zu den Geschäftsbanken zu wandern und erhöhen dann deren Kreditschöpfungskapazität. Und erst recht wäre, wie das schon versucht wurde, mit der staatlichen Kreditaufnahme *im Ausland* nichts gewonnen. Da der Finanzminister ja seine Ausgaben an Inländer nicht in ausländischer Währung tätigen kann, müssen die hereingenommenen Devisen bei der Notenbank in DM umgetauscht werden: die binnenländische Geldmenge steigt. Wie man die Dinge auch dreht und wendet, die gegenwärtige Staatsverschuldung ist ein *Inflationsherd*.

## **Ungünstige Verteilungswirkung**

Davon abgesehen bleibt schließlich ein *soziales Bedenken*, das in der traditionellen Finanzwissenschaft eine große Rolle spielte, von den zeitgenössischen Verfechtern einer hohen Staatsverschuldung jedoch verdrängt zu werden scheint. Es ist ja in der Regel nicht der kleine Mann, der öffentliche Schuldtitel erwirbt. Von den nachgerade enormen Zinszahlungen des Staates profitieren also in erster Linie Gläubiger in wirtschaftlich ohnehin besserer Position, sei es direkt als Anleihezeichner, sei es indirekt als Anteilseigner der krediteinräumenden Banken. Wozu immer der Staat die aufgenommenen Mittel verwendet: die Kapitalgeber schneiden bei diesem Verfahren günstig ab, wenn man mit der Alternative vergleicht, das gleiche Ausgabenvolumen allein aus Steuern zu finanzieren, was sie beim gegebenen Progressionsgrad unseres Steuersystems stark belasten würde. Demgegenüber erhält der kleine Mann keine Zinsen, ist aber an deren Aufbringung aus dem periodischen Steueraufkommen sehr wohl mit von der Partie. Und diese *negative Verteilungswirkung* muß um so mehr ins Gewicht fallen, je höher der Schuldenberg und der öffentliche Zinsendienst steigen.

## **Problematisches Beschäftigungsargument**

Gerade von sozialistischer Seite wird heute argumentiert, die staatliche Schuldenpolitik könne das heilen, was in der Lohnpolitik, an der außenwirtschaftlichen Front und durch den Steuerdruck vorher gesündigt wurde. Zu meinen, auf diese Weise einer möglichen Arbeitslosigkeit den Garaus machen zu können, grenzt an ideologische Wundergläubigkeit. Der Staat kann nicht *unter allen Umständen* Vollbeschäftigung garantieren, es sei denn, er wollte mehr versprechen, als er zu halten vermag. Andererseits braucht man gewiß kein Sozialist zu sein, um der staatlichen Beschäftigungspolitik, wenn ein wirtschaftlicher Abschwung sich selbst zu verstärken und in einer nachhaltigen Rezession zu münden droht, eine wirksame Chance einzuräumen. Freilich wollen auch hier die *eingrenzenden Bedingungen* beachtet sein.

**Erstens** signalisieren nicht alle konjunkturellen Schwankungen schon eine Rezessionsgefahr. In der Regel haben sie die durchaus gesunde Funktion, Überhitzungen der Wirtschaftsentwicklung zu korrigieren und Kosten und Preise wieder in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Wollte die Regierung jeden konjunkturellen Rückgang mit staatlichen Verschuldungsspritzen beantworten, würde jeweils der neue Aufschwung auf einem immer höheren Inflationssockel starten, und die unternehmerischen Anpassungen zur Produktivitätssteigerung fielen unter den Tisch.

**Zweitens** muß die beschäftigungspolitische Waffe des Deficit-Spending für den akuten Fall stumpf werden, wenn die Regierung bereits vorher, also in Zeiten der Hochkonjunktur, einen hochgradig defizitären Haushalt fährt. Das war zum Beispiel in den Jahren vor 1975 der Fall und erklärt vieles an dem unbefriedigenden Erfolg der dann folgenden beschäftigungspolitischen Initiativen trotz riesiger Neuverschuldung. So bleibt es ein Irrtum, von

dem 65 Mrd. DM-Betrag, den die Regierung damals einsetzte, schlicht auf die Schwere der Krise schließen zu wollen.

**Drittens** steht auch bei günstigen Ausgangsbedingungen die öffentliche Verschuldungspolitik immer in einem Sachkonflikt. Dem positiven Beschäftigungseffekt, den die Zusatzausgaben des Staates erzielen, müssen die negativen Wirkungen eines steigenden Zinsniveaus gegengerechnet werden, das just die Finanzierung über zusätzliche öffentliche Kredite zur Ursache hat: private Investoren werden abgeschreckt und verdrängt, die sonst neue Arbeitsplätze geschaffen hätten. Schon dieser Sachkonflikt macht die staatliche Ankurbelungspolitik zu einem quantitativen Balanceakt.

**Viertens** kommt hinzu, daß öffentliche Konjunkturprogramme nicht nach Art eines Penicillinschockes arbeiten. Das schwerfällige bürokratische Verfahren braucht seine Zeit, und noch mehr Zeit vergeht, bis sich die Konjunkturspritzen im Wirtschaftsprozeß voll auswirken. Nur zu oft haben sich aber die verhaltenssteuernden Erwartungen der Wirtschaftsbürger inzwischen ihrerseits zum Besseren gewendet; die Wirtschaftstätigkeit läuft bereits wieder auf höheren Touren, und die staatliche Intervention trifft als Spätzün-der auf ein ohnehin anziehendes Preisniveau, das dann nur noch angeheizt wird. Auch dieser Aspekt mahnt zu einer behutsamen Verschuldungspolitik. Ein typisches Beispiel war da die Rezession im Gefolge der Koreakrise Mitte der fünfziger Jahre, wo ein ungeduldiger Wirtschaftsminister schon in den Anfangsprogrammen des Guten zuviel tat und dann bald noch neue nachschieben zu müssen glaubte – mit der Folge, daß sich der Aufschwung in kurzer Zeit überhitzte und der Bevölkerung inflationistische Preissteigerungen bescherte.

Und schließlich **fünftens**: Das beschäftigungspolitische Deficit-Spending soll als Initialzündung für die rezessionsbedingt zurückhaltende private Investition dienen und sich – jedenfalls nach dem Keyneschen Konzept – nicht auf Dauer an deren Stelle setzen wollen. Das aber heißt, daß der Staat, wenn der Aufschwung Tritt gefaßt hat, sich nicht nur nicht weiter verschulden darf, sondern umgekehrt die aufgelaufenen Schuldenbestände wieder abbauen muß, um für künftige wirtschaftliche Brandfälle erneut als wirksame Feuerwehr bereitstehen zu können.

### **Schwindende demokratische Kontrolle**

Just dies ist aber bei uns namentlich nach 1978 *nicht* geschehen. Weit gefehlt, die politischen Gruppen, die in einer ständig wachsenden Staatstätigkeit das (eigene und der anderen) Heil erblicken, sind auf den Geschmack gekommen. Sie scheinen entdeckt zu haben, wie leicht es eine fortgesetzte Kreditaufnahme ermöglicht, die öffentlichen Ausgaben weiter auszudehnen und immer mehr Staatsleistungen zu versprechen. Daß das sachlich nicht unbesehen lange durchexerziert werden kann, ohne unsere Wirtschafts- und Sozialordnung zu ruinieren, darauf wurde oben eingegangen. Indes, es ist etwas eigentümlich Tückisches um die Schuldenpolitik, weil sie nicht von vorneherein jedem Bürger zu erkennen gibt, auf was er sich da einläßt und

was ihm an *Folgewirkungen* bevorsteht. Für fast alle zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand gibt es auf den ersten Blick mehr oder minder gute Gründe. Der Staat dringt gleichsam auf leisen Sohlen tiefer und weiter in die Lebensbereiche der Bürger ein. Aber irgendwo schlägt die Quantität in die Qualität um: die Bürger haben ihre Kontrolle über die aufgeblähte staatliche Instanz verloren (was von einer anderen Warte aus zuweilen auch mit der Devise von der Unregierbarkeit der Verhältnisse bedacht wird). Das ist sicherlich nicht gerade jene Lage der Dinge, die das Prinzip der *Volkssouveränität* meint.

Die Demokraten der ersten Stunde wußten schon, warum sie mit solcher Entschiedenheit die Steuerhoheit der Volksvertretung verfochten. Wenn jede Regierungsausgabe durch Steuern gedeckt und jede Steueranhebung zuvor im Parlament beschlossen sein muß, fällt die staatliche Expansion bei weitem schwerer. Gewöhnlich scheuen Politiker das Image, durch ihre Aktivitäten als Steuertreiber dazustehen. Und in der Tat pflegen die Bürger selbst einer in den rosigensten Farben angepriesenen Verbesserung der Staatsleistung schärfer auf die Finger zu sehen, falls deren politische Verfechter eingestehen müssen, daß die Zusatzausgaben nicht ohne eine gleichzeitige Drehung der Steuerschraube zu haben sind. Eben diese *Bremse* lockert jedoch eine öffentliche Kreditaufnahme, die zur Gewohnheit wird. Da sie – zunächst – die Besteuerung unberührt läßt, kann der Staat förmlich hinter dem Rücken der Bürger expandieren. De facto erhöht selbstverständlich jede Staatsausgabe die Abgabenlast – bei der Kreditaufnahme lediglich mit einer zeitlichen Verzögerung, wenn nämlich der periodische Schuldendienst zu drücken beginnt. Aber dann ist es für das Votum der Bürger zu spät. Sie müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen eingebrockt wurde. *Die Belastung der kommenden Generation ist insoweit irreversibel.*

## **Gegenwehr**

Es gibt jedoch vor und neben der fortgesetzten Staatsverschuldung einen weiteren, ebenso dauerhaften „Kniff“ in der Finanzpolitik, der dem Bürger in der Kontrolle der staatlichen Expansion zu schaffen macht. Daß der Fiskus über seine Umsatzsteuer z. B. an jeder Benzinpreiserhöhung massiv verdient, ja daß er überhaupt der größte Inflationsgewinner ist, liegt auf der Hand; hier hilft nur die Inflationsbekämpfung oder eine Senkung des Steuersatzes. Aber daß Jahr für Jahr, wie von unsichtbarer Hand gelenkt, das Lohnsteueraufkommen prozentual erheblich schneller steigt als die Bruttolöhne selbst, bleibt ein Phänomen, das sich ebenso unheimlich ausnimmt, wie es mit der reklamierten Sozialstaatlichkeit in bemerkenswertem Kontrast steht. Der Grund für diese unheimlichen, *heimlichen Steuererhöhungen* ist in der Anlage des Steuertarifs zu suchen. Die Einkommensstufen, an denen die bis zu 56% zunehmenden Abgabensätze ansetzen, sind in DM fixiert. Steigen nun im Zuge der Wirtschaftsentwicklung die Löhne, und sei es zum Inflationsausgleich auch nur nominell, so geraten immer mehr Arbeitnehmer in eine immer höhere Steuerprogression, ohne daß sich ihre Position in der Einkommenspyramide geändert hätte – das gesamte Ein-

kommensniveau geht ja periodisch nach oben. Eine derartige Steuererhöhung, die die Last erspart, die Steuersätze anheben zu müssen, mag den Politikern gelegen kommen. Indessen liegt sie kaum im Sinne des Erfinders; die *progressive* Einkommensteuer sollte als verteilungspolitisches Instrument wirken; sie war nicht als ein Automatismus gedacht, über den sich der Fiskus an den *allgemeinen* Einkommenssteigerungen in wachsendem Maße *überproportional* beteiligt.

Kein Wunder, daß auf einer solchen – politisch bequemen – Basis die Quote der Staatsausgaben rasant zunehmen konnte. Um so unglaublicher erscheint es, daß sich die öffentliche Hand nun jahrelang zusätzlich noch zu einer exzessiven Neuverschuldung verstand. Beide Quellen müssen verstopft werden, wenn der Entwicklung zum ökonomisch omnipotenten Staat Paroli geboten werden soll. Demgegenüber ist es weniger aussichtsreich, einzelne Ausgabenkategorien aufs Korn zu nehmen. Verfügt die öffentliche Hand erst über Geld, wird es erfahrungsgemäß auch ausgegeben – wenn bei einem Posten weniger, so an anderer Stelle um so mehr. Im übrigen sind wir an einem Punkt angelangt, wo es mit homöopathischen Dosen nicht mehr getan ist. Die Gegenwehr hat auf der *Einnahmenseite* anzusetzen. Das dürfte nachgerade das einzige Mittel sein, um die staatliche Ausgabentätigkeit nachhaltig zu disziplinieren.

Der *erste* Schritt bestände darin, die öffentliche Nettoverschuldung in einem, sagen wir, Fünfjahresprogramm auf Null zu reduzieren und dann nach und nach auch den überkommenen Schuldenberg auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. An *zweiter* Stelle wäre der Steuertarif gleichsam auf Räder zu setzen dergestalt, daß die Einkommensstufen in der Besteuerung sich dynamisch mit der gleichen Rate erhöhen, mit der das Volkseinkommen periodisch steigt.

Freilich kann diese Gegenwehr nur gelingen, wenn auch der Bürger das Seine beiträgt und gegenüber den Verlockungen von zusätzlichen staatlichen Leistungsversprechen hart bleibt. Es ist eben nicht alles schon darum gut getan, weil es der Staat ist, der agiert. Etwa wenn er mit der einen Hand höhere Sozialleistungen gibt und mit der anderen um so tiefer in die Taschen der vermeintlich Begünstigten greift. So hätten die fortgesetzte öffentliche Verschuldung und die Beibehaltung der heimlichen Steuererhöhungen für die Zukunft in der öffentlichen Meinung als sachlich dubios und politisch verräterisch zu gelten. In einem solchen Klima des Widerstandes gegen die Staatsaufblähung vermag dann auch die obligate Ausrede kaum mehr Eindruck zu machen, an der es auf der politischen Bühne sicherlich nicht fehlen wird: daß nämlich die öffentlichen Ausgaben zum überwiegenden Teil bereits gesetzlich vorprogrammiert seien. Gesetze, die man erlassen konnte, lassen sich bekanntlich auch ändern. Wenn es im Hause zu brennen beginnt, haben die Löscharbeiten die Priorität.

### **Zur Person des Autors**

Professor Dr. Bruno Molitor, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Institutes für Verteilungs- und Sozialpolitik der Universität Würzburg.